

POLEN- ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE DEUTSCH-POLNISCHEN WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

■ ANALYSE

- Besser geht's nicht? Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen nach 1990
Sebastian Płociennik, Universität Wrocław, Breslau

2

■ DOKUMENTATION

- Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:
Das Deutsch-Polnische Wirtschaftsforum, 18. März 2019
Das Entwicklungsministerium der Republik Polen: Das Polnisch-Deutsche
Wirtschaftsforum, 18. März 2019

7

8

■ STATISTIK

- Wirtschafts- und Handelsdaten, Polen und Deutschland

11

■ CHRONIK

3. – 16. März 2020

16

■ LESEHINWEIS

- Jahrbuch Polen 2020 Polnische Wirtschaft

18



Besser geht's nicht? Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen nach 1990

Sebastian Płociennik, Universität Wrocław, Breslau

Zusammenfassung

Es versteht sich fast schon von selbst, dass Deutschland Polens wichtigster Handelspartner ist. Wenn man die größte Wirtschaft Europas, die viertgrößte der Welt und das drittgrößte Exportland als Nachbarn hat, wäre alles andere sehr verwunderlich. Dass Polen seinerseits mehr und mehr zu einem Schlüsselpartner Deutschlands wird, mag jedoch überraschen. Im ersten Halbjahr 2019 betrug der Handelsumsatz zwischen Deutschland und Polen 60,7 Milliarden Euro, womit Polen zu den sechs wichtigsten Handelspartnern Deutschlands gehörte – noch vor Großbritannien (58,9 Milliarden Euro) und direkt hinter Italien (64,2 Milliarden Euro), zwei ökonomischen Schwergewichten, die allein schon aufgrund ihrer Größe in einer anderen Liga spielen.

Die wachsende Bedeutung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen lässt sich nicht nur an den Zahlen ablesen. Es gibt auch immer mehr Formate, um über Wirtschaftsfragen zu diskutieren – z. B. das kürzlich gegründete Deutsch-Polnische Wirtschaftsforum –, sowie zahlreiche neue Initiativen auf Regierungsebene. Trotz großer politischer Differenzen sprechen Vertreter der Wirtschaftsressorts in beiden Staaten gern von ihren gemeinsamen Überzeugungen, wenn es um Industriestrategien, neue Technologien und europäische Wettbewerbspolitik geht. Und es ist nicht vermassen zu behaupten, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen sehr eng und vermutlich nie besser gewesen ist.

Aller Anfang ist schwer

Es hat eine ganze Generation gedauert, um an diesen Punkt zu gelangen. Noch vor dreißig Jahren hielt der durchschnittliche Westdeutsche das Chaos aus Hyperinflation, Misswirtschaft und Rückständigkeit jenseits der Oder für den Inbegriff der »polnischen Wirtschaft« – ein Stereotyp, das in den Briefen Georg Forsters zweihundert Jahre zuvor erstmals Erwähnung fand. Polen war Gegenstand von Vorurteilen und Witzen, weckte mitunter Schuldgefühle (deutsche Kriegsverbrechen) oder Sympathien (*Solidarność*-Bewegung), Polen galt jedoch nie als ein Land mit einer soliden Wirtschaft, mit dem man Geschäfte machen konnte.

Der Blick von der anderen Seite hätte nicht gegensätzlicher sein können. Für die Polen war die Bundesrepublik Deutschland ein unerreichbares Vorbild an ökonomischer Rationalität, Ordnung und Organisiertheit. Der Kontrast zur verfallenden Volksrepublik war umso krasser als die Bundesrepublik Ende der 1980er Jahre ein »kleines Wirtschaftswunder« erlebte und sich eines großzügigen Sozialstaats und einer starken D-Mark erfreute. Nicht die fernen USA waren Bezugspunkt und Sehnsuchtsort, sondern die Bonner Republik mit dem 123er Mercedes-Benz, den Aldi-Konsumtempeln und der oft illegalen Saisonarbeit. Damals bedurfte es einer gehörigen Portion Fantasie, um sich Polen als zukünftigen Partner für diese wohlhabende Welt vorzustellen.

Zu denjenigen, die über ein solches Vorstellungsvermögen verfügten, gehörte zweifelsohne der erste demo-

kratisch gewählte Ministerpräsident der Republik Polen, Tadeusz Mazowiecki, der auf der Suche nach einem »polnischen Ludwig Erhard« auf Leszek Balcerowicz und dessen radikale marktwirtschaftlichen Reformen setzte.¹ Eine schmerzhafte Therapie: Viele Firmen und Branchen gingen bankrott, die Folge war Arbeitslosigkeit, was wiederum hohe gesellschaftliche Kosten verursachte. Doch der freie Markt begann zu funktionieren – als Erstes im Handel. Dank der offenen Grenzen florierten in Deutschland die »Polenmärkte«, während sich die Aldi-Ware von Ślubice bis Biłgoraj auf den Straßenmärkten stapelte. Die Schocktherapie zwang auch größere Unternehmen, die nun ohne staatliche Subventionen und » gegenseitige Wirtschaftshilfe«² auskommen mussten, neue Absatzmärkte zu suchen. Als Ersatz bot sich die Bundesrepublik an – zumal der Handel mit dem westlichen Nachbarn bereits vor 1989 im Wachsen begriffen war. Westdeutschland war nah und groß als Markt, galt aber auch als ein schwieriges Pflaster für die marktwirtschaftlich unerfahrenen polnischen Unternehmen.

Deutschland selbst setzte anfangs eher auf Tschechien und Ungarn.³ Auf den Wandel in Polen reagierte man zunächst ungläubig und vorsichtig. Dies hatte nicht nur mit negativen Stereotypen zu tun. Belastet wurden die Beziehungen zu Polen auch durch die enormen Auslandsschulden, die noch aus Giereks Zeiten stammten. Jeffrey Sachs, einer der Väter der Schocktherapie

1 Siehe »Man muss kämpfen ...« (Gespräch mit Leszek Balcerowicz), *Jahrbuch Polen 2020 Polnische Wirtschaft*, S.165–184, Wiesbaden 2020.

2 Der Rat der Gegenseitigen Wirtschaftshilfe, auf den hier angespielt wird, 1949 gegründet, koordinierte den Außenhandel der ehemaligen Ostblockstaaten. Er wurde 1991 infolge der politischen Umwälzungen in den Mitgliedstaaten aufgelöst (Anm. d. Red.).

3 Siehe Jan Opielka: »Ein Vergleich, kein Vergleich – Die transformierte Ökonomie in Polen und Tschechien«, *Jahrbuch Polen 2020 Polnische Wirtschaft*, S.185–192, Wiesbaden 2020.

in Polen, verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass sich Deutschland lange Zeit geweigert habe, einer Restrukturierung der polnischen Verpflichtungen zuzustimmen, da man keinen Präzedenzfall schaffen wollte. Nachdem 1994 ein Teil der Schulden erlassen worden war, begann das Vertrauen in Polen zu wachsen. Westliche Banken und Großunternehmen wurden jenseits der Oder aktiv. Nur eine Fahrstunde von Berlin entfernt entstand ein großer, aufnahmefähiger Markt mit niedrigen Kosten und gut ausgebildeten Arbeitskräften. Die Zusammenarbeit intensivierte sich: Betrug der Handelsaustausch 1990 noch 7,5 Milliarden Euro, so waren es acht Jahre später bereits über 20 Milliarden Euro.

Triebkräfte

Die marktwirtschaftliche Transformation war in den 1990er Jahren der Motor der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen. Die Ausweitung des Handels wurde aber auch durch die europäische Integration befördert – zunächst durch die Schaffung einer Freihandelszone mit der EU, später durch die Vollmitgliedschaft. Der immer konkreter werdende gemeinsame Wirtschaftsraum überzeugte schließlich auch die Skeptiker auf deutscher Seite davon, dass die Zusammenarbeit mit Polen nicht nur vorübergehender Natur war, sondern Gelegenheit für langfristige Investitionen, Produktionsverlagerungen und dauerhafte Wirtschaftskooperationen bot. Den Polen wiederum gab der EU-Beitritt Selbstsicherheit auf dem deutschen Markt – insbesondere den Bauern und kleineren Firmen. Mit der Mitgliedschaft verbunden waren zudem EU-Zuschüsse in Milliardenhöhe, woraufhin in Polen die Nachfrage nach hochwertigen Investitionsgütern förmlich explodierte. Niemand war besser auf diesen Boom vorbereitet als die deutschen Firmen, die seit Jahrzehnten auf Maschinen, Baudienstleistungen und Autos spezialisiert waren. Dies führte dazu, dass der Handelsumsatz (Im- und Exporte zusammen) zwischen beiden Ländern, der sich 2004 auf knapp 35 Milliarden Euro belief, vier Jahre später bereits mehr als 66,5 Milliarden Euro betrug. Deutschland erwirtschaftete dabei einen beträchtlichen Handelsüberschuss.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen profitierten – auch wenn das paradox klingen mag – von der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa nach 2008. Angesichts der sinkenden Nachfrage mussten deutsche Firmen ihre Produktionskosten senken und ihre Lieferketten rationalisieren. Infolgedessen wurden teure Zulieferer, zum Beispiel im Süden Europas, durch billigere, aber keineswegs schlechtere Anbieter östlich der Oder ersetzt. Mit anderen Worten: Die Krise trieb der polnischen Wirtschaft auf Kosten Italiens, Spaniens und Portugals neue Kunden zu. Unter südeuropäischen Wirtschaftsexperten wird bis heute die Ansicht vertreten, eine der schwerwiegendsten Folgen der Krise sei der Verlust

deutscher Handelspartner und Investoren gewesen, die ihre Geschäfte in den Osten der EU verlagert hätten. Das spiegelte sich in den Zahlen wider: Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und Polen stieg 2016 auf über 100 Milliarden Euro. Die Krise machte sich in den Jahren nach 2008 nicht nur in der Statistik bemerkbar, sondern wirkte sich auch auf die Wahrnehmung Polens aus. In Deutschland wurde aufmerksam registriert, dass sich Polen, vor dem Hintergrund allgemeiner Stagnation in Europa, durch ein solides Wachstum, stabile öffentliche Finanzen und sinkende Arbeitslosenzahlen auszeichnete. Die »polnische Wirtschaft« wurde für jüngere deutsche Manager mehr und mehr zu einem unverständlichen Stereotyp.

Interessengemeinschaft

Die wachsende Verflechtung beider Volkswirtschaften wirkte sich auch auf die gegenseitigen Interessen aus. Es bildeten sich in hohem Maße gemeinsame Vorstellungen heraus, wie Wirtschaftspolitik im Zeitalter fortschreitender Integration, technologischen Wandels und zunehmender Globalisierung aussehen sollte.

Erstens, beide Länder wurden, bei Fragen nach internationalem Freihandel und offenen Märkten, zu Verbündeten. Der Grund liegt auf der Hand: Die Bundesrepublik Deutschland exportierte 2018 Waren im Wert von insgesamt mehr als 1,3 Billionen Euro – das entspricht 40 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts. Die polnische Exportabhängigkeit war mit Ausfuhren im Wert von 204,3 Milliarden Euro, umgerechnet etwa 43 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, sogar noch etwas größer. Deutschland und Polen beobachten daher in einträchtiger Sorge den Handelskrieg zwischen den USA und China, der eine neue Ära des Protektionismus einläutet. Ablehnend stehen beide auch dem Konzept eines »Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten« gegenüber, das z. B. in Frankreich und im Süden der EU beliebt ist. Eine flexible Integration käme einer Einladung gleich, den offenen Europäischen Wirtschaftsraum zu zerstücken. Der Brexit lässt Deutschland und Polen weiter zusammenrücken, denn der Austritt des liberalen Großbritanniens aus der EU schwächt die Anhänger des Freihandels – in dieser Situation schließt man besser die Reihen.

Zweitens, Polen und Deutschland haben ähnliche Vorstellungen von Finanzdisziplin und Geldwertstabilität. Dies lässt sich durch die traumatischen Erfahrungen mit der Hyperinflation in beiden Ländern erklären, hat aber sicherlich auch mit Handelsinteressen zu tun. Eine unberechenbare makroökonomische Politik führt leicht zu Preisschwankungen und damit zu Verzerrungen der *terms of trade* – was für Exportnationen wie Deutschland und Polen wiederum schnell zu einem ernsten Problem werden kann. Das hohe Maß an Übereinstimmung in diesem Bereich hatte für beide Länder

auch einen politischen Nutzen. Polen konnte sich mit seinem relativ niedrigen Defizit und seiner moderaten Staatsverschuldung als Teil des stabilen »Nordeuropas« präsentieren und so das ungeliebte Etikett »Emerging Market« loswerden. Während Deutschland im Streit mit Frankreich und dem Süden der EU darauf verweisen konnte, dass es in seiner Prinzipienfestigkeit in puncto Ausgabendisziplin nicht allein dastand.

Drittens, es liegt im Interesse Polens und Deutschlands, dass an der Strukturpolitik und den Transferzahlungen an die weniger wohlhabenden EU-Mitgliedsstaaten festgehalten wird. Für Polen – ein Empfängerland – ist es eine Chance, die Modernisierung zu beschleunigen und den Lebensstandard auf dem Land anzuheben. Die EU-Strukturpolitik ist für den deutschen Steuerzahler zwar kostspielig – Deutschland ist Nettobeurtragszahler –, fördert zugleich aber auch die Nachfrage nach deutschen Produkten. Von jedem in den EU-Haushalt eingezahlten Euro fließen mindestens 80 Cent in Form von Aufträgen an die deutsche Wirtschaft zurück. Beide Seiten haben also gute Gründe, diese Politik zu verteidigen.

Und viertens, Deutschland und Polen bilden – zusammen mit den Visegrád-Staaten – ein starkes Wirtschaftscluster, das von deutschen Industriekonzernen und dessen mitteleuropäischen Zulieferern angeführt wird. Wir alle sitzen im gleichen Boot: Wenn »Made in Germany« sich nicht mehr verkauft, sinken automatisch auch die Aufträge für »Made in Poland«. Die wachsende Technologiemacht Chinas und die digitale Dominanz der USA, die europäische Firmen im internationalen Wettbewerb zunehmend an den Rand drängen, müssen sowohl Deutschland als auch Polen Sorgen bereiten. Beide Länder stehen vor neuen Herausforderungen, z. B. vor der schwierigen Frage, wie große, international wettbewerbsfähige Firmen »europäische Champions« schaffen können, ohne den Wettbewerb innerhalb der EU zu beeinträchtigen.

Asymmetrie und Politik

Angesichts des hohen Verflechtungsgrades und der gemeinsamen Interessen kann man sicherlich – wie Niklas Becker, Leiter von »Germany Trade & Invest« in Warschau, es formulierte – von einem »neuen Niveau in den Wirtschaftsbeziehungen« zwischen Deutschland und Polen sprechen. Trotz der Freude über das Erreichte – vor dreißig Jahren hätte man davon nicht zu träumen gewagt –, darf man die Probleme, offene Fragen und Risiken nicht vergessen. Wie man mit diesen umgeht, wird für die zukünftige Gestalt der deutsch-polnischen Beziehungen von entscheidender Bedeutung sein.

Als belastend für die Wirtschaftsbeziehungen könnten sich die enormen Asymmetrien erweisen, die sich in der Handelsstruktur zeigen: Einerseits dominieren Halbfertigprodukte aus Polen, andererseits fertige Hightechware aus Deutschland. Noch auffälliger sind die Unterschiede

bei den Direktinvestitionen. Während deutsche Firmen in Polen 35 Milliarden Euro investierten (Stand Ende 2017), erreichte das polnische Engagement auf dem deutschen Markt gerade einmal ein Volumen von einer Milliarde Euro. Manche führen dies auf die rasche Öffnung des polnischen Marktes für Auslandskapital nach 1989 zurück, ein Grund dafür dürften aber auch die begrenzten Kapitalressourcen und das geringe Forschungs- und Entwicklungspotential der polnischen Unternehmen sein. In einem 2019 veröffentlichten Ranking der innovativsten Volkswirtschaften nimmt Deutschland den achten Platz ein, der Rückstand auf die führenden Skandinavier ist allerdings nicht allzu groß. Polen dagegen steht seit Jahren konstant an vierter Stelle, hinter ihm rangieren nur noch Kroatien, Rumänien und Bulgarien.

Die Ansicht, ein derartiges Ungleichgewicht sei für Polen auf Dauer schädlich, da es sämtliche Merkmale einer abhängigen Entwicklung aufweise, hat unter den wirtschaftlichen und politischen Eliten Polens viele Anhänger. Es drohe eine »Kolonialisierung« des heimischen Markts, der Transfer enormer Gewinne ins Ausland, die Zementierung eines Wettbewerbsmodells, das sich lediglich auf Niedriglöhne stützt, und schließlich eine politische Abhängigkeit. Verstärkt werden diese Befürchtungen dadurch, dass Deutschlands Bruttoinlandsprodukt mit 3,4 Billionen Euro sieben Mal so groß wie Polens Wirtschaft ist – und dass der Abstand in den letzten Jahren nicht kleiner wird, sondern wächst.

Eine naheliegende Reaktion wären wachstumsfördernde Reformen mit dem Ziel, die Innovationskraft der polnischen Volkswirtschaft zu stärken, um auf diese Weise eine größere Symmetrie in den deutsch-polnischen Beziehungen herzustellen. Aufgrund von historischen Ressentiments und Ängsten vor einer politischen Dominanz Deutschlands könnte man aber versucht sein, einen anderen Weg einzuschlagen, der darauf zielt, eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit von Deutschland anzustreben, einzelne Branchen zu »repolonisieren« und die Bindung an andere Wirtschaftsmächte zu stärken. Leider befördert Deutschland selbst derartige Gedankenspiele, indem es z. B. den Bau der Erdgaspipeline »Nordstream 2« forciert. In Polen betrachtet man dieses Projekt nicht nur als rein wirtschaftliche Kooperation mit Russland, unter Nichtbeachtung der Partner in der Region, sondern auch als einen Schritt, um bei der Energieversorgung in diesem Teil Europas dauerhaft zum dominierenden Akteur zu werden. Der Ausbau der Zusammenarbeit mit den USA und die Drei-Meere-Initiative können in diesem Kontext als Versuch interpretiert werden, ein Gegengewicht zur wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland zu schaffen.

Andere Prioritäten

Eine Vertiefung der ökonomischen Beziehungen kann zusätzlich durch unterschiedliche Prioritäten in der

Wirtschaftspolitik erschwert werden. Besonders deutlich wird dies bei Klima- und Energiefragen. Während Polen betont, an der Kohleförderung festhalten zu wollen, und nur zögerlich auf erneuerbare Energien umstellt, erklärt Deutschland – trotz seiner Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen – die »grüne Transformation« zu einem langfristigen, strategischen Ziel staatlichen Handelns. Der Preis für CO₂-Emissionen wird sicherlich steigen, wodurch sich deutsche Produkte verteuern, die mit Hilfe fossiler Energieträger hergestellt werden. Werden Importe aus Polen, wo der Kohleanteil bei der Energieerzeugung weiterhin hoch sein wird, auf dem deutschen Markt wettbewerbsfähig bleiben? Doch dies ist nicht das einzige Problem. Die unterschiedlichen Positionen beim Klimaschutz werden möglicherweise bei den Verhandlungen über den mehrjährigen EU-Finanzrahmen für die Jahre 2021–2027 zwischen beiden Ländern für Zündstoff sorgen. Denn Deutschland wird darauf drängen, dass mehr EU-Gelder in die Dekarbonisierung der Wirtschaft fließen – zu Lasten traditioneller Mittelverwendungen, wie z. B. die Verbesserung der Infrastruktur in den ärmeren Mitgliedsstaaten.

Der nächste Punkt betrifft den Zweifel, wie weit der deutsch-polnische Konsens überhaupt reicht, wenn es um Regeln des freien Markts und des Wettbewerbs geht. Man hat den Eindruck, dass er vor allem für den Freihandel gilt, und es in anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik wesentlich schlechter um ihn bestellt ist. In den letzten Jahren beschwerten sich polnische Unternehmen immer häufiger über das Ausmaß der Regulierung und protektionistische Praktiken in Deutschland. Die Autoren des Berichts »Neue Interdependenz« (»Nowa współprzależność«), dessen Publikation vom polnischen Ministerium für Unternehmertum und Technologie gefördert wurde, listeten zahlreiche Handelshemmisse auf dem deutschen Markt auf: Beschränkungen in der Transportbranche, das Mindestlohngebot und die Entsenderegeln für Arbeitnehmer. Dies kommt nicht von ungefähr. In Deutschland wächst die Akzeptanz für Interventionismus, und diese Tendenz wäre noch stärker spürbar, würde es der Wirtschaft momentan nicht so gut gehen. Ein »weicher« Protektionismus gewinnt auch im polnischen Kapitalismus an Popularität, wovon die lebhaften Diskussionen über die »Repolonisierung« wichtiger Branchen und die Schaffung »nationaler Champions« sowie die Kritik an der marktwirtschaftlichen Logik auf dem Arbeitsmarkt zeugen. Warum ist das so wichtig für die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen? Die Logik von Politik und Protektionismus – auch wenn es sich nur um eine »weiche« Spielart handelt – verdrängt die Vertrags- und Marktlogik, was das Streit- und Konfliktpotential erhöht, vor allem wenn die günstige Konjunktur mal zu Ende geht.

Uneinigkeit herrscht zwischen Deutschland und Polen auch bei der Frage nach der Zukunft der europäischen Integration, insbesondere bei der Frage nach der Mitgliedschaft in der Eurozone. Die Polen sind mehrheitlich gegen eine Übernahme der Gemeinschaftswährung (55 Prozent), und wenig deutet darauf hin, dass sich daran in den nächsten zehn Jahren etwas ändern sollte. Anders die Deutschen: 81 Prozent sind mit dem Euro zufrieden, und die Regierung hat in den vergangenen Jahren viel Energie darauf verwendet, die Währungsunion zu stärken und zu reformieren. Es ist nicht auszuschließen, dass es in absehbarer Zeit einen gemeinsamen Finanzminister, einen großen Haushalt und eine europäische Arbeitslosenversicherung für die Eurozone geben wird. Das würde bedeuten, dass diese in Zukunft mehr und nicht weniger gemeinsame Initiativen ergreifen wird, und über die wichtigsten Wirtschaftsfragen in der EU die Mitglieder des gemeinsamen Währungsraumes entscheiden werden. Infolgedessen wird sich die Aufmerksamkeit Deutschlands stärker auf die Angelegenheiten der Eurozone konzentrieren – auf Kosten jener Mitgliedsstaaten, die nicht zum »harten Kern« der EU gehören. Es ist also durchaus denkbar, dass sich Deutschland wirtschaftspolitisch enger mit den baltischen Staaten, der Slowakei und Slowenien abstimmen wird als mit Polen – zumal es auf deren Stimmen angewiesen ist, um günstige Regulierungslösungen durchzusetzen. Diese Länder werden daher eher Grund haben, von einem »neuen Niveau in den Beziehungen« zu Deutschland zu sprechen.

Schwarze Schwäne

Es sind jedoch nicht nur die asymmetrischen Verhältnisse und die divergierenden Interessen, die den Ausbau der ökonomischen Zusammenarbeit behindern. Eine weitere Herausforderung für die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen sind die sogenannten »schwarzen Schwäne«, schwer vorhersehbare Ereignisse, deren Folgen noch unvorhersehbarer sind.

Ganz oben auf der Liste der hypothetischen »schwarzen Schwäne« steht eine mögliche Weltwirtschaftskrise, die das von Auslandsmärkten abhängige Deutschland ins Mark treffen könnte. Dass ein solches Szenario nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigte sich im ersten Halbjahr 2019, als die Bundesrepublik, unter dem Einfluss von Handelskriegen und einer wachsenden globalen Unsicherheit, ein negatives Wirtschaftswachstum verzeichnete. Falls dieser Abschwung anhalten sollte und sich zu einer Rezession auswüchse, würden davon auch Polen und Ostmitteleuropa betroffen sein: Die Folgen wären weniger Aufträge und Investitionen, zudem wird die wachsende Arbeitslosigkeit in Deutschland die Arbeitskosten senken, wodurch der Kostenvorteil der polni-

schen Unternehmen geringer ausfallen würde. Auch die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik würde sich möglicherweise in eine für Polen ungünstige Richtung entwickeln. Stagniert die Wirtschaft, wird Deutschland eher dazu neigen, zu protektionistischen Maßnahmen zu greifen, was polnischen Firmen und Arbeitnehmern den Zugang zum deutschen Markt erschweren dürfte. Erneut – wie schon in der Krise Anfang der 2000er Jahre – würden Politiker Unternehmen scharf kritisieren, die ihre Produktion an kostengünstigere Standorte ins Ausland verlagern, unter anderem nach Polen. Und falls sich darüber hinaus die Situation der öffentlichen Finanzen verschlechterte und die sagenhaften deutschen Handelsüberschüsse sich in Defizite verwandelten, würde die Bundesrepublik nicht mehr so ohne Weiteres gewillt sein, Milliardenbeträge in den EU-Haushalt einzuzahlen.

Auch der technologische Fortschritt ist ein potenzieller »schwarzer Schwan«. Es ist nicht auszuschließen, dass Deutschland bei der Digitalisierung, den neuen Informationstechnologien und der Elektromobilität den Anschluss an die USA und China verliert und aus der Gruppe der führenden Wirtschaftsmächte ausscheidet. Ein eng mit Deutschland verflochtenes Polen würde dies schmerzlich zu spüren bekommen: Denn sobald deutsche Produkte weltweit weniger nachgefragt werden, verbuchen auch Partnerunternehmen und Zulieferer Einbußen. Doch auch das gegenteilige Szenario, dass Deutschland eine technologische Revolution durchmachen und weiter internationale Spitze bleiben wird, birgt Risiken für Polen. Angenommen es käme im Rahmen dieser Revolution zu einer Umstellung der Industrieproduktion auf 3D-Druck, würde die Fertigung nahe am Endkunden in automatisierten *FabLabs* stattfinden, in denen die Arbeitskosten nur noch eine marginale Rolle spielen. Billige polnische Zulieferer wären dann überflüssig.

Dieser Prozess wird natürlich eine Weile dauern, aber am Ende kann er gravierende Folgen für die bisherigen Wirtschaftspartner der Bundesrepublik Deutschland haben. Es ist fraglich, ob wir in Zukunft in demselben Umfang wie bisher Handel treiben werden, wenn Kühlsschränke, Autoteile oder ganze Fahrzeuge – je nach Ort der Bestellung – in der Nähe von Richmond, Kapstadt oder Moskau »ausgedruckt« werden können. Möglicherweise wird sich der Handel im Industriezeitalter 4.0 auf 3D-Drucker, Druckmaterialien und Computerprogramme für das Drucken von Gütern, nicht aber auf die Güter selbst konzentrieren. In diesem Fall wird das bisherige Modell der deutsch-polnischen Zusammenarbeit

mit einem hohen Anteil an »hartem« Warenaustausch schon bald der Vergangenheit angehören.

Ein notwendiger Anker

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen der letzten dreißig Jahre sind eine Erfolgsgeschichte. Deutschland erschloss sich neue Märkte, schuf neue Gewinnmöglichkeiten durch Investitionen und bekam preiswerte und hervorragend ausgebildete Arbeitskräfte, was die Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen auf dem Weltmarkt erhöhte. Polen dagegen erhielt Zugang zum deutschen Markt, Kapital und Technologie, und seine Firmen konnten an den Geschäften deutscher Konzerne mitverdienen und auf dem internationalen Markt Erfahrungen sammeln. Aus diesen Verflechtungen erwuchsen gemeinsame Interessen: Man tritt für eine offene Weltwirtschaft ein, für Ausgabendisziplin in der EU und für eine Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.

Doch das Erreichte macht Appetit auf mehr. Im Idealfall sollten Deutschland und Polen ein Bündnis mit gemeinsamen wirtschaftspolitischen Zielen schließen, mit Hightech-Standorten beiderseits der Oder sowie mit einem ähnlichen Lohnniveau und Lebensstandard. Es gibt viele Gründe, weshalb es dazu vielleicht nicht kommen wird – angefangen von den zutiefst asymmetrischen Beziehungen bis hin zu möglichen Krisen. Aber es ließe sich auch einiges tun, damit es vielleicht doch geschieht.

Zum Beispiel könnte man gemeinsam ein Großprojekt anschließen, das aufgrund seines Umfangs auch eine politische Dimension hätte – ähnlich wie die Airbus-Kooperation mit Frankreich oder der Pipeline-Bau mit Russland (Nordstream). In den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen fehlt es an einem solchen Prestigeprojekt. Man mag einwenden, die Schaffung eines neuen Technologiekonzerns in der Elektromobilbranche, die Gründung einer großen Forschungseinrichtung oder ein regionales Infrastrukturprojekt wären Ausdruck eines kostspieligen Staatsinterventionismus. Das stimmt, allerdings hätten diese Projekte auch das Potential, Vertrauen zu schaffen, wodurch das politische Problem der asymmetrischen Beziehungen reduziert würde. Solche ehrgeizigen Unternehmungen könnten zudem neue Kompetenzen, Wissen und gemeinsame Interessen generieren und somit das bisherige Schema »deutsches Zentrum – polnische Peripherie« aufbrechen. Ihr Erfolg wäre ein starker Anker für die Wirtschaftsbeziehungen beider Staaten – ein nützlicher Anker in unsicheren Zeiten.

Übersetzung aus dem Polnischen: Andreas Volk

Dieser Text erscheint in »Jahrbuch Polen 2020: Polnische Wirtschaft«, herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut, Wiesbaden: Harrasowitz Verlag 2020. Für weitere Informationen zum Jahrbuch 2020 siehe Seite 18.

Über den Autor

Sebastian Płociennik, promovierter Ökonom und Jurist, leitet seit 2014 das Forschungsprogramm EU und Weimarer Dreieck am Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (PISM). Er ist zudem Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Vistula University in Warschau. Zu seinen Forschungsgebieten zählen deutsche Wirtschaftspolitik, die Eurozone und Institutionenökonomik.

Lesetipp

Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer AHK: Wirtschaftsprofil Polen. Land, Leute, Geschäfte. https://ahk.pl/fileadmin/AHK_Polen/OA/Publikationen/Wirtschaftsprofil_Polen.pdf (abgerufen am 12.03.2020).

DOKUMENTATION

Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie Deutsch-Polnisches Wirtschaftsforum: Bundesminister Altmaier und polnische Amtskollegin Emilewicz vereinbaren gemeinsame Erklärung zur europäischen Industriepolitik

18. März 2019

Bundesminister Altmaier hat gemeinsam mit seiner Kollegin Jadwiga Emilewicz, Ministerin für Unternehmertum und Technologie der Republik Polen, Vorschläge für eine Europäische Industriestrategie vorgelegt. Bundesminister Altmaier: »Polen und Deutschland sind starke wirtschaftspolitische Partner in der Europäischen Union. Für den Erhalt von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand in unseren Ländern und in der Europäischen Union brauchen wir eine starke und wettbewerbsfähige Industrie. Daher wollen wir in Zukunft weiter eng kooperieren und setzen uns für die Entwicklung einer ehrgeizigen, langfristigen europäischen Industriestrategie ein.«

Die gemeinsame Erklärung nimmt Ideen der Nationalen Industriestrategie 2030 auf, die Bundesminister Altmaier am 5. Februar 2019 als Entwurf vorgestellt hatte. Ziel der deutsch-polnischen Erklärung ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in ihrer gesamten Bandbreite in Deutschland und Europa zu stärken.

Die Minister stellen hierfür fünf Kernforderungen auf: (1) Die Förderung von Investitionen in Innovation und Forschung in wichtigen Industriesektoren, (2) die Erarbeitung strategischer Ziele in der europäischer Industriepolitik, (3) die Stärkung von Schlüsseltechnologien wie Batteriezellfertigung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, (4) die Verbesserung der Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene sowie (5) die Stärkung des Multilateralismus, offener Märkte und eine ehrgeizige EU-Handelspolitik.

Beim Deutsch-Polnischen Wirtschaftsforum treffen sich auf Einladung von Bundesminister Altmaier mehr als 350 interessierte Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen, gesellschaftlichen Organisationen, Politik und Verwaltung im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Nach Eröffnungsreden von Bundesminister Altmaier und der polnischen Ministerin Emilewicz diskutieren Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter auf zwei hochkarätigen besetzten Panels über zentrale Zukunftsthemen der polnischen und deutschen Wirtschaft: Industrie 4.0, Digitalisierung, Energiewende, Mobilität und Batteriezellfertigung. Fachexperten tauschen sich in Workshops zu Industrie 4.0, Start-ups, Raumfahrt, Smart Cities und Offshore-Windenergie aus. Präsentationen zur Unternehmensnachfolge runden das Programm ab.

Das Forum bietet deutschen und polnischen Unternehmen darüber hinaus die Möglichkeit zur gezielten Vernetzung und trägt so zur weiteren Vertiefung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen beider Länder bei.

Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und Polen lag im Jahr 2018 bei rund 118,4 Mrd. Euro. Polen liegt auf Rang 7 der wichtigsten Handelspartner Deutschlands. Deutschland ist für Polen der größte Handelspartner.

Quelle: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20190318-deutsch-polnisches-wirtschaftsforum-gemeinsam-erklaerung-industriepolitik.html> (abgerufen am 10.03.2020).

Das Entwicklungsministerium der Republik Polen: Das Polnisch-Deutsche Wirtschaftsforum – eine neue Qualität der Zusammenarbeit

18. März 2019

Fast 400 Vertreter polnischer und deutscher Firmen und Institutionen, sieben Panels und Workshops, das B2B-Forum und viele bilaterale Begegnungen – so sah das Polnisch-Deutsche Wirtschaftsforum »Digitalisierung – Energie – Mobilität«, das am 18. März 2019 in Berlin stattfand, in Zahlen aus. Das Ziel der auf Initiative der Ministerin für Unternehmertum und Technologie, Jadwiga Emilewicz, organisierten Veranstaltung waren Gespräche über neue Perspektiven der Zusammenarbeit angesichts der wachsenden Konkurrenz vonseiten außereuropäischer Staaten. Koveranstalter war der Minister für Wirtschaft und Energie Deutschlands, Peter Altmaier. Es war das erste Treffen dieser Art in den bilateralen Beziehungen.

»Unsere wirtschaftlichen Beziehungen sind in einem sehr guten Zustand. Allerdings stehen wir ständig vor der Herausforderung der globalen Konkurrenz. Um nicht zurückzufallen, muss die Wirtschaft unserer Länder auf ein höheres Entwicklungsniveau gelangen und muss sich unsere Zusammenarbeit auf Grundlagen stützen, die den Herausforderungen der Zukunft entsprechen. Auf die Neubestimmung der Prinzipien unserer Partnerschaft. Auf das Verständnis, dass angesichts der globalen Konkurrenz der größte Mehrwert gemeinsame innovative Projekte sind, zum Beispiel im Bereich der Industrie 4.0, der fortgeschrittenen Technologien, im Raumfahrtsektor oder im Bereich der nachhaltigen Energieproduktion«, sagte die Chefin des Ministeriums für Unternehmertum und Technologie bei der Eröffnung des Forums.

Sie hob hervor, dass das Interesse der polnischen und deutschen Firmen am Forum ihre Erwartungen übertroffen hat und es mehr Anmeldungen als Plätze gegeben hat. »Ich danke allen für ihre Anwesenheit. Das ist ein Beweis, dass solche Veranstaltungen sinnvoll sind, und eine Bestätigung, dass Polen und Deutsche gemeinsame Geschäfte machen und ihre Zusammenarbeit in technologisch fortgeschrittenen Branchen entwickeln wollen. Jede Seite hat viel anzubieten. Die Polen innovative Ideen und Fachkräfte. Die Deutschen vor allem Kapital und Erfahrung«, unterstrich Ministerin Emilewicz.

Ein wesentlicher Teil des Treffens waren Panels und Workshops, an denen führende Firmen und Institutionen beider Länder teilnahmen und die Themen wie Vierte Industrielle Revolution, die Energiewende, Mobilität und Batteriezellfertigung, Raumfahrttechnologien und Unterstützung für innovative Start-ups behandelten.

Das Forum war auch eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen den Vertretern der Unternehmen beider Länder. Mit Blick auf die Zusammenarbeit wurden bilaterale Geschäftstreffen organisiert. Polnische und deutsche Firmen präsentierten außerdem ihre Lösungen und Produkte, u. a. Ekoenergetyka, IC Solutions, Hyper Poland.

Die gemeinsame Erklärung der Minister

In einer gemeinsamen Erklärung unterstrichen Ministerin Emilewicz und Minister Altmaier ihre Verbundenheit mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Gleichzeitig riefen Polen und Deutschland die EU auf, eine ambitionierte, langfristige Industriestrategie zu beschließen, die an die Herausforderungen der globalen Konkurrenz angepasst ist. Eine solche Strategie, die die Herausforderungen der digitalen Revolution und die damit einhergehenden sich verändernden Arbeits- und Produktionsprinzipien berücksichtigt, sollte für die neue Europäische Kommission Priorität haben.

Die fünf Prioritäten:

- Investitionen in Innovationen und Schlüsselkompetenzen,
- Erarbeitung gemeinsamer strategischer Ziele für die Industriepolitik,
- Unterstützung für Schlüsseltechnologien von strategischer Bedeutung,
- Optimierung der regulierenden Rahmenbedingungen für Unternehmen auf nationaler und EU-Ebene,
- Verteidigung einer ambitionierten EU-Handelspolitik.

Festgestellt wurde, dass diese Prioritäten unter Berücksichtigung der bestehenden Haushalte sowie der globalen Konkurrenz verwirklicht werden müssen. Schlüsselbedeutung haben verantwortungsvolle Investitionen, die eine Reihe von Unterstützungsinstrumenten, u. a. die Europäischen Fonds, nutzen, strukturelle Reformen, die die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaften gewährleisten, finanziell verantwortungsvolle Unterstützungsmaßnahmen für nachhaltige Entwicklung sowie eine Handelspolitik, die sich auf das System der WTO, das Prinzip des lauteren Wettbewerbs und die gegenseitige Öffnung der Märkte stützt. Unterstrichen wurde die Notwendigkeit, die Entwicklung europäischer Technologien in zukunftsrelevanten Sektoren mit Schlüsselbedeutung zu unterstützen. Gegenwärtig finden Gespräche zwischen Polen, Deutschland und Frankreich über den Aufbau eines europäischen Konsortiums zur Batteriezellfertigung statt.

Die neue Interdependenz. Entwicklungsperspektiven für die polnisch-deutsche wirtschaftliche Zusammenarbeit

Während des Forums wurde auch über die Herausforderungen gesprochen, die vor den polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen stehen. Einer der diskutierten Themen war der im Auftrag des Ministeriums für Unternehmertum und Technologie erstellte Bericht des Jagiellonen-Klubs [Klub Jagielloński], des Zentrums für Oststudien [Ośrodek Studiów Wschodnich] und des Polnischen Ökonomischen Instituts [Polski Instytut Ekonomiczny] »Die neue Interdependenz. Entwicklungsperspektiven der polnisch-deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit«.

Die Autoren des Berichtes weisen darauf hin, dass die vergangenen 30 Jahre die beste Phase in der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen waren und sich Polen im Falle der Fortsetzung der bisherigen Trends unter den ersten fünf Handelspartnern Deutschlands platzieren und Länder wie Italien oder Großbritannien überholen könnte.

Die Autoren des Berichtes warnen jedoch davor, dass sich Polen und Deutschland auf den Lorbeeren ausruhen. Unter anderem mit Blick auf die wachsenden protektionistischen Tendenzen im Welthandel sind die bisherigen Faktoren, die die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit ermöglichen, allmählich ausgeschöpft. Daher liegt es im Interesse unserer Länder, sie auf ein höheres Niveau zu heben. Dies wird nur dank des Aufbaus einer Partnerschaft im Technologie- und Innovationssektor möglich sein. Einer Partnerschaft, die die Intensivierung der technologischen Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Firmen ermöglicht.

Ausgewählte Thesen des Berichtes:

- Dank der Zusammenarbeit mit deutschen Firmen konnten sich polnische Unternehmen in die globale Lieferkette eingliedern.
- Deutschland erhielt u. a. dank der EU-Osterweiterung einen bedeutenden Impuls, der ihm half, die Führungsposition in der EU einzunehmen.
- Eine Gefahr für das Potential des polnisch-deutschen Handels kann mittel- und langfristig das beständige Ungleichgewicht bei den aus der Zusammenarbeit resultierenden Gewinnen sein.
- Es sollte das gemeinsame Interesse Polens und Deutschlands sein, gegen Entwicklungen einzutreten, die zur Marginalisierung der EU-Wirtschaften und zum Verlust zunehmend wichtiger Teile der Wertschöpfungskette führen. Dies betrifft insbesondere Industriegüter.
- Deutsche Unternehmen schätzen die hohe Qualität des Humankapitals in Polen sehr, aber sie entscheiden sich immer noch in sehr beschränktem Maße für die Zusammenarbeit im Bereich hochentwickelter Technologien.
- Angesichts der Debatte über die Zukunft der EU besteht aus der Perspektive Ostmitteleuropas die Schlüsselfrage darin, inwieweit die BRD ein Verfechter der Wettbewerbsfreiheit in der EU bleibt und gegen weitere Versuche angehen wird, die die administrativen Belastungen für Firmen vergrößern, die den Prozess der Vertiefung des einheitlichen Marktes beschränken sowie auch die Deindustrialisierung der EU befürworten.
- Eine Chance für die Stärkung der polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen und ihre Überführung auf ein neues, höheres Niveau ist eine intensivere technologische Zusammenarbeit. Polnische Firmen verfügen aus der Perspektive des deutschen Marktes über interessante Technologien. Der relativ große Zugang zu qualifizierten Ingenieuren macht aus Polen einen attraktiven Ort für die Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungszentren.

Die polnisch-deutsche Zusammenarbeit in der Weltraumforschung

Während des Berliner Forums wurde auch eine Erklärung über die Zusammenarbeit des deutschen Unternehmens OHB Systems und des polnischen PIAP Space unterzeichnet. Erstgenanntes ist ein Entwickler von Satellitensystemen und bietet Telekommunikations-, Beobachtungs- und Forschungssatelliten an. PIAP Space stellt Lösungen im Bereich der Robotik und der Mechatronik bereit und ist in der Raum- und Luftfahrtbranche tätig.

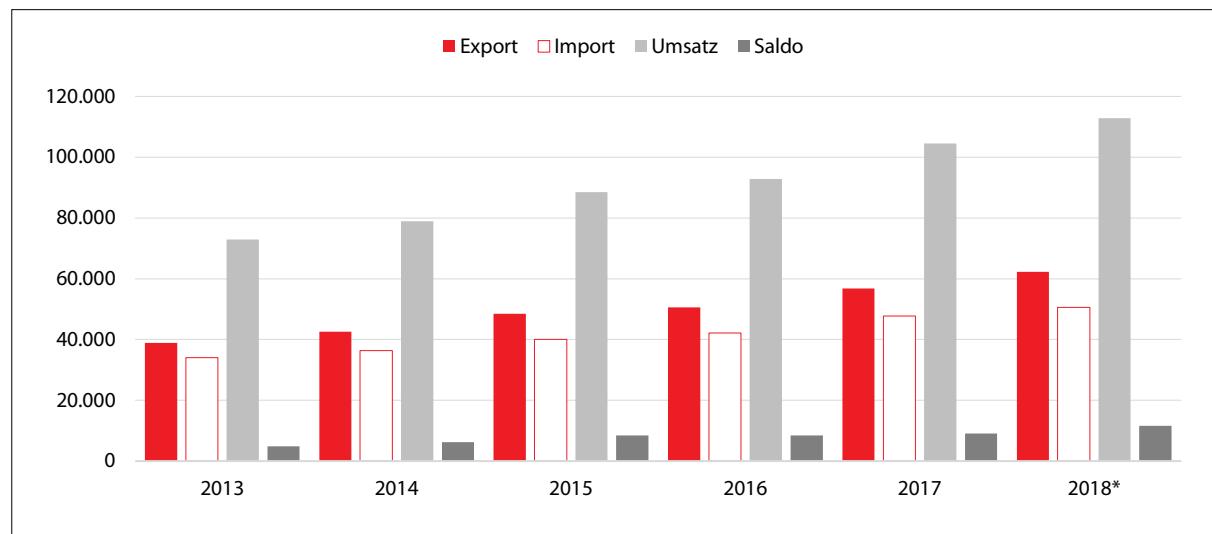
Die Unternehmen beginnen ihre technologische Zusammenarbeit und erarbeiten ein gemeinsames Angebot für künftige Weltraummissionen, die von der Europäischen Weltraumorganisation durchgeführt werden.

Die erste gemeinsame Unternehmung wird im Rahmen der Marsmission Sample Return stattfinden, bei der Bodenproben vom Mars zur Erde gebracht werden. Es wird ein Roboterarm eingesetzt, dessen Komponenten aus beiden Ländern kommen. Der Arm erlaubt, Proben aufzunehmen und sie in Container zu packen, die eine sichere Reise zur Erde gewährleisten. Es wird sich um eine historische Mission handeln, bei der zum ersten Mal Proben von einem anderen Planeten transportiert werden.

Handelsbeziehungen

Deutschland ist Polens größter Handelspartner; der Anteil am polnischen Export beträgt 28 Prozent und 22 Prozent am polnischen Import.

Polnisch-deutscher Handel (Mrd. Euro)



	2013	2014	2015	2016	2017	2018*	Dynamik 2017=100
Export	38.887,5	42.594,5	48.495,5	50.621,0	56.794,1	62.229,6	109,6
Import	34.005,7	36.350,2	40.003,9	42.151,0	47.681,2	50.606,8	106,1
Umsatz	72.893,2	78.944,7	88.499,4	92.772,0	104.475,2	112.836,4	108,0
Saldo	4.881,8	6.244,3	8.491,6	8.470,0	9.112,9	11.622,8	

Quelle: Główny Urząd Statystyczny - GUS [Statistisches Hauptamt]; * vorläufige Daten

Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes [Główny Urząd Statystyczny – GUS] betrug der Export nach Deutschland 62 Mrd. Euro im Jahr 2018. Deutschen Daten zufolge steht Polen auf Platz acht der größten Abnehmer von Waren aus Deutschland (mit einem Anteil von 4,6 Prozent am deutschen Export) und weltweit auf Platz sechs beim Import (4,8 Prozent des deutschen Imports). Die deutsche Seite weist in ihren Daten ein positives Saldo im Handel mit Polen auf (8,4 Mrd. Euro im Jahr 2017), wobei auch Lieferungen zum deutschen Export nach Polen hinzugezählt werden, die aus Drittländern stammen, aber in Deutschland vom Zoll abgefertigt werden. Wir sind weltweit der siebtgrößte Handelspartner Deutschlands.

Deutschland hat bis Ende 2017 34.954 Mio. Euro in Polen investiert. In Polen wurden 4.917 Wirtschaftssubjekte mit deutscher Kapitalbeteiligung registriert. Die größten Investitionsprojekte gehören zur Autoindustrie (Volkswagen, Daimler), zum Bankensektor (Commerzbank) und Versicherungssektor (Allianz), zur Maschinenbaubranche (Siemens), Chemiebranche (BASF, Bayer), zum Energiesektor (Innogy) sowie zum Dienstleistungs- und Handelssektor (Metro Gruppe). Insgesamt beschäftigten die Firmen mit deutschem Kapital in Polen im Jahr 2016 zirka 366.000 Arbeitnehmer.

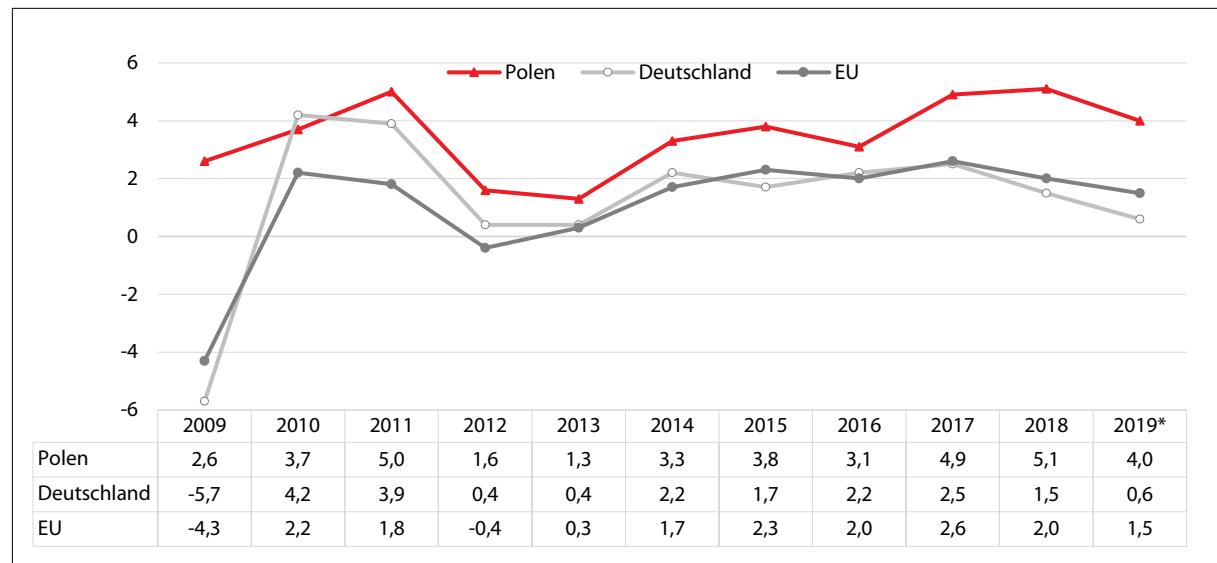
Der kumulierte Wert der polnischen Direktinvestitionen in Deutschland betrug 1,34 Mrd. Euro zum Jahresende 2017. Deutschland stand auf dem siebten Platz der Empfänger polnischer Direktinvestitionen mit einem Anteil von 5,4 Prozent des im Ausland investierten polnischen Kapitals. Zu den größten Investoren gehören PKN Orlen S.A., Grupa Azoty, Ciech, Kopex, Asseco und Comarch. Am deutschen Markt sind polnische Unternehmen aus der Bekleidungs- und Schuhbranche aktiv (die Handelsketten LPP und CCC). Die größte polnische Investition in Deutschland wurde im Jahr 2018 (September) von der Grupa Azoty S.A. getätigt. Sie erwarb 100 Prozent der Gesellschaft Goat TopCo GmbH, welche die Compo Expert Gruppe kontrolliert. Deutschen Angaben zufolge haben bisher 1.800 Firmen aus Polen am deutschen Markt investiert; sie beschäftigen 20.600 Arbeitnehmer. Die meisten polnischen Firmen sind in Berlin ansässig (580). Die meisten Arbeitnehmer sind bei Firmen in Bayern angestellt (fast 4.000 Personen).

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <https://www.gov.pl/web/rozwoj/polsko-niemieckie-forum-gospodarcze-nowa-jakosc-wspolpracy> (abgerufen am 06.03.2020).

Wirtschafts- und Handelsdaten, Polen und Deutschland

**Grafik 1: Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts, Polen, Deutschland, EU 28
(Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, %)**



* Angabe für Polen: vorläufige Schätzung

Für die polnischen Daten: Quelle: Główny Urząd Statystyczny – GUS [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2015 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2015]. Warszawa 2015. Główny Urząd Statystyczny – GUS [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2019 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2019]. Warszawa 2019. https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/roczniki-statystyczne/rocznik-statystyczny-rzeczypospolitej-polskiej-2019_2,19.html (abgerufen am 12.03.2020). Główny Urząd Statystyczny – GUS [Statistisches Hauptamt]: Produkt krajowy brutto w 2019 r. – szacunek wstępny [Das Bruttoinlandsprodukt 2019 – vorläufige Schätzung]. https://stat.gov.pl/download/gfx/portalinformacyjny/pl/defaultaktualnosci/5481/2/9/1/produkt_krajowy_brutto_w_2019_szacunek_wstepny.pdf (abgerufen am 12.03.2020).

Für die deutschen und die EU-Daten: Eurostat. <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tec00115/default/table?lang=de> (abgerufen am 12.03.2020).

Tabelle 1: Polen: die Außenhandelsbilanz nach Hauptpartnern (zu laufenden Preisen)

	Gesamtumsatz in Mio. US- Dollar	Erster Partner		Zweiter Partner		Dritter Partner	
		Land	% des Gesamt- handels	Land	% des Gesamt- handels	Land	% des Gesamt- handels
1992							
Import	15.913	Deutschland	23,9	Russland	8,5	Italien	6,9
Export	13.187	Deutschland	31,4	Niederlande	6,0	Italien	5,6
Saldo	-2.726						
2000							
Import	48.940	Deutschland	23,9	Russland	9,4	Italien	8,3
Export	31.651	Deutschland	34,9	Italien	6,3	Frankreich	5,2
Saldo	-17.289						
2010							
Import	178.063	Deutschland	21,9	Russland	10,2	China	9,4
Export	159.758	Deutschland	26,1	Frankreich	6,8	Großbritannien	6,3
Saldo	-18.305						
2015							
Import	197.682	Deutschland	22,9	China	11,6	Russland	7,3
Export	200.343	Deutschland	27,1	Großbritannien	6,7	Tschechien	6,6
Saldo	+2.661						

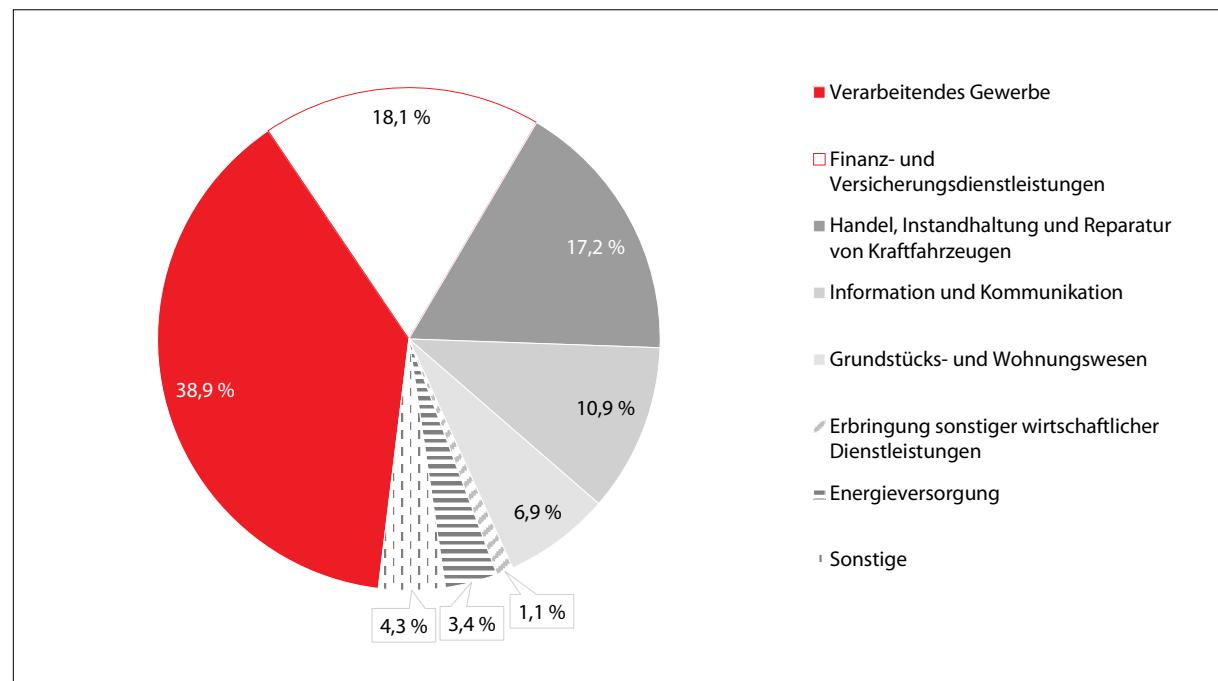
Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Polen: die Außenhandelsbilanz nach Hauptpartnern (laufende Preise) (Fortsetzung)

	Gesamtumsatz in Mio. US- Dollar	Erster Partner		Zweiter Partner		Dritter Partner	
		Land	% des Gesamt- handels	Land	% des Gesamt- handels	Land	% des Gesamt- handels
2017							
Import	231.035	Deutschland	23,1	China	11,8	Russland	6,4
Export	231.591	Deutschland	27,5	Großbritannien	6,4	Tschechien	6,4
Saldo	+556						
2018							
Import	267.700	Deutschland	22,4	China	11,6	Russland	7,4
Export	261.815	Deutschland	28,2	Tschechien	6,4	Großbritannien	6,2
Saldo	-5.885						

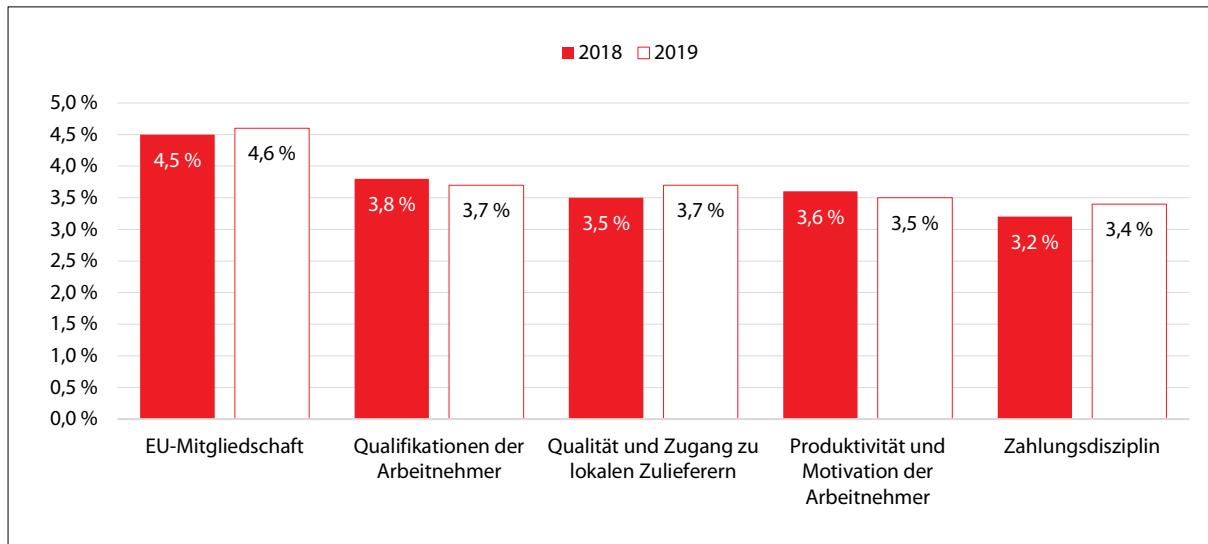
Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: *Maly Rocznik Statystyczny Polski 2019 [Kleines Statistisches Jahrbuch Polens 2019]*. Warszawa 2019. S. 324 f. https://stat.gov.pl/download/gfx/portalinformacyjny/pl/defaultaktualnosci/5515/1/21/1/maly_rocznik_statystyczny_polski_2019.pdf (abgerufen am 10.09.2019).

Grafik 2: Zielbranchen deutscher Investitionen in Polen



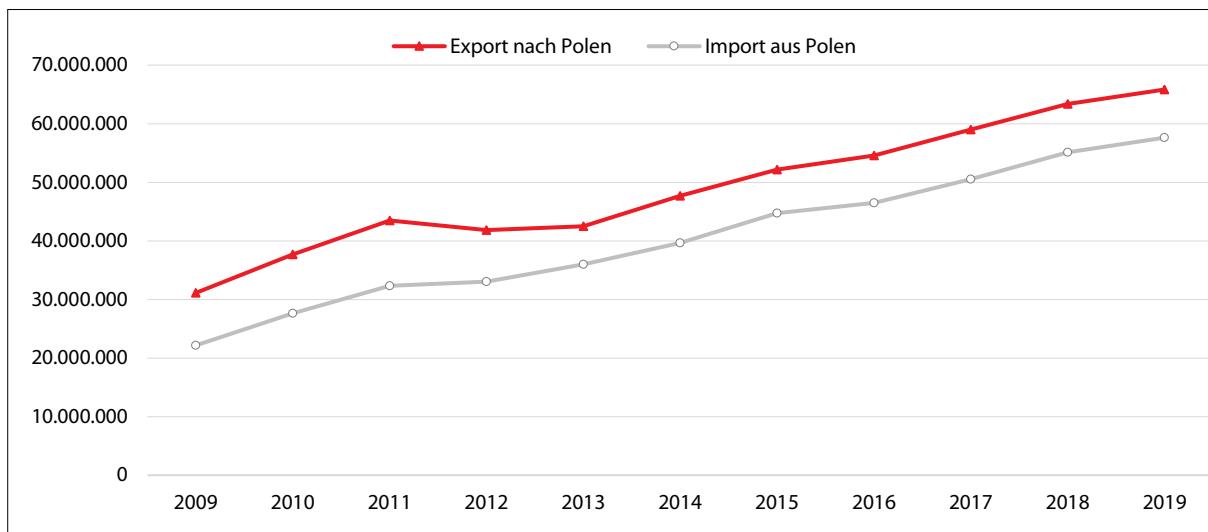
Quelle: AHK [Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer]: *Wirtschaftsprofil Polen. Land, Leute, Geschäfte*. https://ahk.pl/fileadmin/AHK_Polen/OA/Publikationen/Wirtschaftsprofil_Polen.pdf (abgerufen am 12.03.2020).

**Grafik 3: Umfrage zur Investitionsattraktivität Polens unter ausländischen Investoren,*
Am besten bewertet:**



* durchgeführt im Frühjahr 2019 von der AHK Polen [Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer] in Zusammenarbeit mit anderen bilateralen Kammern
 Quelle: AHK [Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer]: Wirtschaftsprofil Polen. Land, Leute, Geschäfte. https://ahk.pl/fileadmin/AHK_Polen/OA/Publikationen/Wirtschaftsprofil_Polen.pdf (abgerufen am 12.03.2020).

Grafik 4: Deutschland: der Außenhandel mit Polen



	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Export nach Polen	31.121.782	37.665.521	43.502.675	41.823.192	42.472.611	47.691.570
Import aus Polen	22.160.951	27.636.950	32.305.359	33.027.271	36.013.025	39.648.111

	2015	2016	2017	2018	2019
Export nach Polen	52.162.788	54.581.716	59.003.785	63.357.903	65.829.753
Import aus Polen	44.708.356	46.493.453	50.533.404	55.091.426	57.616.723

Quelle: Statistisches Bundesamt: Außenhandel. Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel (Endgültige Ergebnisse). Fachserie 7 Reihe 1. Jahr 2009 [2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019]. Wiesbaden 2011 [2011, 2011, 2014, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020]. <https://www.destatis.de>

Tabelle 2: Die Rangfolge der wichtigsten Handelspartner Deutschlands

Jahr	Rangfolge der Exportländer	Rangfolge der Importländer
2019	1. USA 2. Frankreich 3. VR China 4. Niederlande 5. Vereinigtes Königreich 6. Italien 7. Österreich 8. Polen	1. VR China 2. Niederlande 3. USA 4. Frankreich 5. Polen 6. Italien 7. Tschechische Republik 8. Schweiz
2018	1. USA 2. Frankreich 3. VR China 4. Niederlande 5. Vereinigtes Königreich 6. Italien 7. Österreich 8. Polen	1. VR China 2. Niederlande 3. Frankreich 4. USA 5. Italien 6. Polen 7. Tschechische Republik 8. Schweiz
2017	1. USA 2. Frankreich 3. VR China 4. Vereinigtes Königreich 5. Niederlande 6. Italien 7. Österreich 8. Polen	1. VR China 2. Niederlande 3. Frankreich 4. USA 5. Italien 6. Polen 7. Tschechische Republik 8. Schweiz
2016	1. USA 2. Frankreich 3. Vereinigtes Königreich 4. Niederlande 5. VR China 6. Italien 7. Österreich 8. Polen	1. VR China 2. Niederlande 3. Frankreich 4. USA 5. Italien 6. Polen 7. Schweiz 8. Tschechische Republik
2015	1. USA 2. Frankreich 3. Vereinigtes Königreich 4. Niederlande 5. VR China 6. Österreich 7. Italien 8. Polen	1. VR China 2. Niederlande 3. Frankreich 4. USA 5. Italien 6. Polen 7. Schweiz 8. Tschechische Republik
2014	1. Frankreich 2. USA 3. Vereinigtes Königreich 4. VR China 5. Niederlande 6. Österreich 7. Italien 8. Polen	1. Niederlande 2. VR China 3. Frankreich 4. USA 5. Italien 6. Polen 7. Belgien 8. Schweiz
2013	1. Frankreich 2. USA 3. Vereinigtes Königreich 4. Niederlande 5. VR China 6. Österreich 7. Italien 8. Schweiz 9. Polen 10. Belgien 11. Russische Föderation	1. Niederlande 2. VR China 3. Frankreich 4. USA 5. Italien 6. Vereinigtes Königreich 7. Russische Föderation 8. Belgien 9. Schweiz 10. Österreich 11. Polen

Tabelle 2: Die Rangfolge der wichtigsten Handelspartner Deutschlands (Fortsetzung)

Jahr	Rangfolge der Exportländer	Rangfolge der Importländer
2012	1. Frankreich 2. USA 3. Vereinigtes Königreich 4. Niederlande 5. VR China 6. Österreich 7. Italien 8. Schweiz 9. Belgien 10. Polen 11. Russische Föderation	1. Niederlande 2. VR China 3. Frankreich 4. USA 5. Italien 6. Vereinigtes Königreich 7. Russische Föderation 8. Schweiz 9. Belgien 10. Österreich 11. Polen
2011	1. Frankreich 2. USA 3. Niederlande 4. Vereinigtes Königreich 5. VR China 6. Italien 7. Österreich 8. Schweiz 9. Belgien 10. Polen 11. Spanien 12. Russische Föderation	1. Niederlande 2. VR China 3. Frankreich 4. USA 5. Italien 6. Vereinigtes Königreich 7. Russische Föderation 8. Belgien 9. Österreich 10. Schweiz 11. Tschechische Republik 12. Polen
2010	1. Frankreich 2. USA 3. Niederlande 4. Vereinigtes Königreich 5. Italien 6. VR China 7. Österreich 8. Belgien 9. Schweiz 10. Polen 11. Spanien 12. Tschechische Republik	1. VR China 2. Niederlande 3. Frankreich 4. USA 5. Italien 6. Vereinigtes Königreich 7. Belgien 8. Österreich 9. Schweiz 10. Russische Föderation 11. Tschechische Republik 12. Polen
2009	1. Frankreich 2. USA 3. Vereinigtes Königreich 4. Niederlande 5. Italien 6. Österreich 7. Belgien 8. VR China 9. Schweiz 10. Spanien 11. Polen 12. Tschechische Republik	1. VR China 2. Niederlande 3. Frankreich 4. USA 5. Italien 6. Vereinigtes Königreich 7. Schweiz 8. Belgien 9. Österreich 10. Russische Föderation 11. Tschechische Republik 12. Polen

Quelle: Statistisches Bundesamt: Außenhandel. Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel (Endgültige Ergebnisse). Fachserie 7 Reihe 1. Jahr 2009 [2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019]. Wiesbaden 2011 [2011, 2011, 2014, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020]. <https://www.destatis.de>

CHRONIK

3. – 16. März 2020

03.03.2020	Die Agentur für Umstrukturierung und Modernisierung der Landwirtschaft (Agencja Restrukturyzacji i Modernizacji Rolnictwa – ARiMR) informiert über die Möglichkeit für Schweinezüchter, staatliche Finanzierungshilfen zur Bekämpfung der »Afrikanischen Schweinepest« zu beantragen. Bezuschusst werden Zäune sowie Becken und Vorrichtungen zur Desinfektion.
04.03.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nimmt an dem Treffen der Regierungschefs der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) in Prag teil. Auf der Pressekonferenz im Anschluss unterstreicht er, dass sich die Visegrád-Gruppe seit langem für die Sicherung der EU-Außengrenze gegenüber Flüchtlingen ausspricht. Griechenland und die südlichen EU-Länder hätten diese Einstellung nun übernommen. Hintergrund ist die aktuelle Politik der Türkei, ihre Grenze nach Griechenland für Flüchtlinge zu öffnen, woraufhin Griechenland seinen Grenzschutz verstärkt hat. Morawiecki bietet materielle Hilfe und Personal für den Schutz der EU-Außengrenze zwischen Griechenland und der Türkei an.
05.03.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki trifft sich mit führenden Vertretern aller Parteien, um Maßnahmen im Zusammenhang mit der weltweiten Ausbreitung des Coronavirus zu besprechen. Weitere Treffen und die Bereitstellung aktueller Informationen sollen regelmäßig stattfinden. Die Oppositionsparteien zeigen sich bereit, mit der Regierung bei der Bekämpfung des Coronavirus zusammenzuarbeiten. Am Vortag wurde in der Woiwodschaft Lebuser Land (województwo lubuskie) der erste Fall einer Erkrankung durch das Virus in Polen bestätigt.
06.03.2020	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet ein Gesetz, das dem Polnischen Fernsehen (TVP) und dem Polnischen Radio (Polskie Radio) 1,95 Mrd. Zloty zuweist. Zuvor hat der Senat das Gesetz abgelehnt. Die Summe soll die Verluste ausgleichen, die die Sender infolge von Gebührenbefreiungen in den Jahren 2018 bis 2020 verzeichneten. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagt, die öffentlichen Medien hätten die Aufgabe, die Gesellschaft redlich zu informieren und die polnische Kultur und Geschichte sowie die zivilgesellschaftliche Einstellung mitzugestalten. Die öffentlichen Medien hätten seit mehr als zehn Jahren eine zu geringe Finanzierung erhalten. Die Opposition hatte vorgeschlagen, die Summe für die Krebsforschung und -bekämpfung einzusetzen, anstatt sie den »regierungsnahen Medien« zukommen zu lassen.
08.03.2020	Auf einer Pressekonferenz informieren Präsident Andrzej Duda und Gesundheitsminister Łukasz Szumowski über den Plan, einen Medizinischen Fonds in Höhe von 2,7 Mrd. Zloty einzurichten. Er soll in den Bereichen Onkologie, seltene Krankheiten, Investitionen und Prophylaxe eingesetzt werden. Der Medizinische Fonds soll zusätzlich zum bestehenden Gesundheitssystem eingerichtet und aus dem öffentlichen Haushalt finanziert werden.
09.03.2020	Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg führt eine Anhörung der polnischen Regierung in der Angelegenheit der im Zuge der Justizreformen in Polen eingerichteten Disziplinarkammer des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy – SN) durch. Die Europäische Kommission hat eine einstweilige Verfügung und die Einstellung der Tätigkeit der Kammer gefordert, da diese nicht unabhängig sei und damit gegen die Grundsätze der EU verstöße. Die stellvertretende Justizministerin Anna Dalkowska bekräftigt den Standpunkt der polnischen Regierung, dass das Justizwesen eine nationale Angelegenheit sei und die Regierung deshalb beantragt, den Antrag auf einstweilige Verfügung abzulehnen.
10.03.2020	Jadwiga Emilewicz, Ministerin für Entwicklung, kündigt ein Sondergesetz an, das u. a. finanzielle Hilfen für Unternehmen regelt, die von der Ausbreitung der Corona-Epidemie betroffen sind. Eingebunden werden auch das Ministerium für Familie, Arbeit und Sozialpolitik sowie das Infrastrukturministerium.
11.03.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilt den Beschluss des Krisenstabs zur Corona-Epidemie mit, dass ab dem nächsten Tag alle Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie kulturelle Einrichtungen für zwei Wochen geschlossen werden, um die Verbreitung des Coronavirus in Polen zu verlangsamen.
13.03.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Gesundheitsminister Łukasz Szumowski und Innenminister Mariusz Kamiński geben auf einer Pressekonferenz bekannt, dass infolge der weltweiten Ausbreitung des Coronavirus in Polen der Epidemienotstand ausgerufen und Maßnahmen zur Unterbrechung der Ansteckungsketten getroffen wurden. Dazu gehören die Wiedereinführung von Kontrollen an den Grenzen zu den EU-Nachbarländern bis zum 24. März und ein Einreiseverbot für Ausländer, eine zweiwöchige Quarantäne für Polen, die aus dem Ausland zurückkehren, und das Verbot von Veranstaltungen mit über 50 Teilnehmern sowie die Schließung von Bibliotheken, Museen, Fitnessstudios, Diskotheken u. ä. Gastronomische Betriebe dürfen nur Speisen zum Mitnehmen bzw. Bringdienste anbieten.

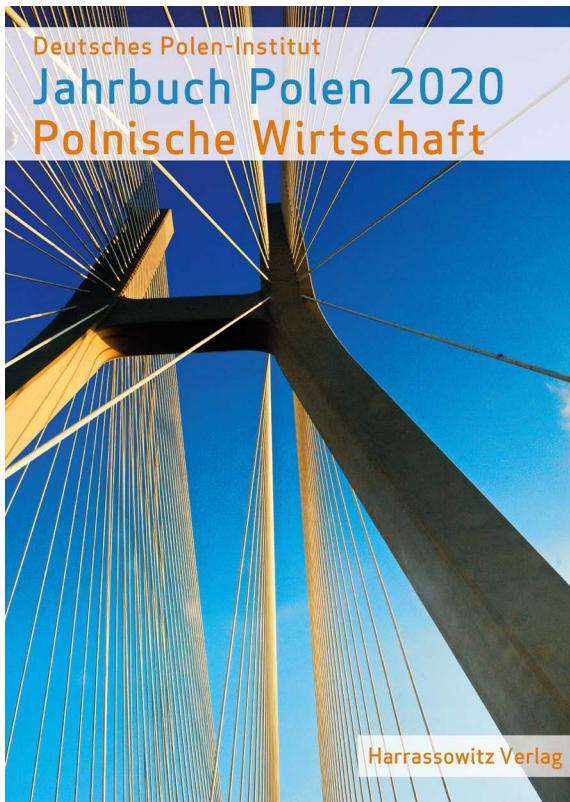
14.03.2020	Der Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), Paweł Soloch, teilt mit, dass der Grenzschutz bei der ab dem nächsten Tag geltenden Wiedereinführung der Grenzkontrollen von den Militärischen Einheiten der Territorialen Verteidigung (Wojska Obrony Terytorialnej – WOT) unterstützt wird. Die Kontrollen auch an den EU-Binnengrenzen sind eine Maßnahme zur Bekämpfung der Ausbreitung der Corona-Pandemie in Polen.
16.03.2020	Das Außenministerium veröffentlicht eine Erklärung aus Anlass des sechsten Jahrestages der Annexion der Halbinsel Krim durch Russland. Polen widerspreche entschieden den widerrechtlichen Aktivitäten Russlands, die zum Ziel hätten, die Annexion zu verstetigen. Polen sei tief beunruhigt darüber, dass sich die Lage der Menschenrechte insbesondere mit Blick auf die tatarische Minderheit und die ukrainischsprachige Bevölkerung auf der Krim verschlechtere und ruft Russland auf, internationalen Menschenrechtsorganisationen ungehinderten Zugang zu gewähren.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

LESEHINWEIS

Jahrbuch Polen 2020 Polnische Wirtschaft

Herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, Wiesbaden 2020, 200 S., zahlreiche Abb. Preis: 15 € (Abo 13,50 €), ISSN 1863-0278, ISBN 978-3-447-11404-2
www.deutsches-polen-institut.de
Bestellung: verlag@harrassowitz.de oder kaluza@dpi-da.de



»Polnische Wirtschaft« war lange Zeit im deutschen Sprachgebrauch ein Ausdruck für Schlamperei, Unordnung, auch Rückständigkeit und Armut. Die Ursachen dafür waren vielfältig: die Schwäche der Städte, die Politik der Teilungsmächte, die Kriegsfolgen und die kommunistische Misswirtschaft. Noch vor dem EU-Beitritt des Landes 2004 zeigten westeuropäische Medien ein Pferdefuhrwerk auf dem Lande, das allgemein für die ökonomischen Verhältnisse in Polen wie für die gesamte ökonomische (Un)Ordnung in der osteuropäischen Peripherie stand. Und dennoch...

Unter hohen sozialen Kosten, in einer Zeit der politischen Veränderungen nach 1989, geschah ein kleines Wunder an der Weichsel – das Wachstum kehrte ein! Das Wachstum, das seit 1992 ununterbrochen fortduert und Polen heute – nach mehr als 30 Jahren – zu einem der wichtigsten europäischen Wirtschaftsstandorte aufsteigen ließ.

Heute steht Polen vor neuen Herausforderungen – und es steht viel auf dem Spiel, denn »Made in Poland« ist zu einer Marke geworden. Dank einem enormen Qualitäts- und Technologieshub war das Land imstande, zu den größten Gewinnern der Globalisierung zu werden: Polens Exportquote liegt heute höher als die des deutschen Nachbarn. Beide Länder sind

heute in Wahrheit ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Über Vorzüge und Nachteile dieser Beziehung, sowie über zahlreiche weitere, nicht nur strikt wirtschaftliche Themen, berichtet das aktuelle Jahrbuch Polen 2020 Polnische Wirtschaft.

Unsere Autoren schreiben u. a. über die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen (Sebastian Płociennik), Polens erfolgreiche Rolle in der Globalisierung (Grzegorz Siemiończyk), die regionalen Unterschiede (Grzegorz Masik), aber auch Probleme wie ausbleibende Innovationen (Edwin Bendyk), die problematische demografische Entwicklung (Bogusław Chrabota) und die notwendige Immigration (Piotr Arak). Dass Polen zum Musterknaben der europäischen Wirtschaft wird, war lange Zeit nicht absehbar, die Situation am Anfang der Transformation beleuchten deswegen u. a. Reinhold Vetter, Jakub Szumski und Leszek Balcerowicz. Schließlich beschäftigt sich Jan Sowa mit dem sozialen und psychologischen Preis der polnischen Konsumgesellschaft, während Karol Modzelewski nach dem politischen Preis der Einführung des Kapitalismus in Polen gefragt wird. Und Kacper Pobłocki und Krzysztof Jasiecki geben Einsichten in das Leben polnischer (Geld-)Eliten.

Inhalt

Einführung	Polnische Wirtschaft hat einen Ruf zu verlieren
Sebastian Płociennik	Besser geht's nicht? Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen
Grzegorz Siemiończyk	Exportland Polen – Segen und Risiken der Globalisierung
Bogusław Chrabota	Polen auf dem Weg ins Jahr 2050
Edwin Bendyk	Vom Einholen und Überholen – Wo bleibt die Innovation?
Grzegorz Masik	Gründe für regionales Wachstum – Mehr als nur EU-Subventionen?
Piotr Arak	Polen – Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland
Jan Sowa	Neue Ellenbogengesellschaft. Politische Genese und soziale Folgen des polnischen Kapitalismus
Karol Modzelewski / Grzegorz Sroczyński	Sie sind sauer? Wunderbar!
Kacper Pobłocki	Die transnationale Klasse im heutigen Polen
Krzysztof Jasiecki / Grzegorz Sroczyński	Woran denken polnische Millionäre?
Jakub Szumski	Schlangestehen. Traum und Wirklichkeit der sozialistischen Konsumgesellschaft
Reinhold Vetter	Transformation als Eliteprojekt – Debatten über Wirtschaftsreformen in den 1980er Jahren
Leszek Balcerowicz / Maria Stremecka	Man muss kämpfen ...
Jan Opielka	Ein Vergleich, kein Vergleich – Die transformierte Ökonomie in Polen und Tschechien

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polien

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polien-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf
bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polien-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittleraktivität des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Osteuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
 Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
 Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polien



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-poln-institut.de/newsletter/polien-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.